

# Schwarzwälder Tageszeitung

## Aus den Tannen

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamazeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturken hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

226

Altensteig, Mittwoch den 26. September 1928

51. Jahrgang

### Innenpolitische Streiflichter

Graf Westarp zum Genet Verleisch

Auf einer Kundgebung der Deutschnationalen in der „Neuen Welt“ in Berlin-Neukölln hielt Graf Westarp eine Rede, in der er auf Grund der widerrechtlichen Ablehnung der Räumung der besetzten Gebiete und dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen zunächst betonte, daß die Episode der von Dr. Stresemann im Dezember 1924 und Februar 1925 eröffneten deutschen Verständigungsoskoffe mit schwerem Mißerfolg geendet habe. Das sollte in Deutschland ohne Parteilichkeit erkannt und festgestellt werden können. Die besondere Folgerung aus der in Genf geschaffenen Lage sei der Schlüssel unter die Locarno-politik. Noch nach der Einigung vom 18. September habe Briand diesen klar und deutlich mit erneuter Hohn und Spott gezogen. Den Schlüssel auch in Deutschland zu ziehen, sei für den Reichskanzler Müller und seine sozialdemokratischen und demokratischen Freunde ein schweres Opfer. Der Reichskanzler habe, das soll anerkannt werden, den für ihn übervollen Weg betreten, in Genf auf vollständige Klarheit zu dringen. Der Aufklärung bedürfte, ob der deutsche Delegierte Dr. Breitscheid und der demokratische Beisitzer der Delegation, Georg Bernhard, andere Wege gegangen seien. Jedenfalls habe man die Linie nicht innegehalten, als man sich auf die neuen Verhandlungen eingelassen habe, die zu dem Abkommen vom 16. September geführt hätten. Dieses Abkommen sei gegen den Einspruch der Deutschnationalen abgeschlossen worden. In Wahrheit sei in Genf keine Einigung erzielt worden. Jeder der Punkte des Abkommens befänden unüberbrückte und unüberbrückbare Gegensätze. Erneut müsse darum betont werden, daß das deutsche Volk, auch die besetzten Gebiete, jedes neue Opfer, jede neue Konzession für die Räumung ablehnen, die Deutschland zu Liebe und Zufallen müsse. Bei der in dem Abkommen geplanten „Beistellungs- und Verleischkommission“ handle es sich um päpstliche Kontrolle für die entmilitarisierte Zone. Jede militärische Dauerkontrolle über das Rheinland, über die entmilitarisierte Zone, über ganz Deutschland, in jeder Form, auf Grund des Locarno- wie des Versailler Vertrages, sei absolut unannehmbar. Wer sie fordere oder auch nur zur Erörterung stelle, begebe ein Verbrechen an Deutschlands Zukunft.

Was die Verhandlungen über das Reparationsproblem angehe, so dürfe Deutschland entsprechend dem ursprünglichen Plan des Dawesgutachtens sich nur auf solche Verhandlungen einlassen, bei denen die Revision des Abkommens durch eine unparteiische Untersuchung neutraler, wirtschaftlicher Sachverständiger ausgeführt werde. Ferner dürfe Deutschland in die durch das Genet Abkommen vorgesehenen Verhandlungen nicht treten, wenn nicht Amerika von vornherein daran beteiligt sei. Bei den geplanten Verhandlungen müßten die politischen Bindungen des Dawesabkommens beibehalten werden; neue politische Bindungen dürften nur seinen Preis übernommen und deshalb auch nicht als Gegenstand der Erörterung zugelassen werden. Zum Schluß erklärte Graf Westarp u. a.: „Nachdem die Locarnopolitik versagt hat, muß äußerste Zurückhaltung den Westmächten und dem Völkerverbund gegenüber an ihre Stelle treten.“

### Der „Stahlhelm“ will ein Volksbegehren

Eine Entschließung, die der Bundesvorstand des „Stahlhelm“ am letzten Samstag und Sonntag in Magdeburg einstimmig faßte, zeigt, daß der innenpolitische Kampf nun einseitig. In der ersten Entschließung wird die Bundesleitung beauftragt, zur Beilegung des parlamentarischen Systems ein Volksbegehren über die Aenderung der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 einzusetzen und durchzuführen. In einer weiteren Entschließung wird festgestellt, daß es eine unverantwortliche Schädigung der Zukunftsmöglichkeiten der nationalen Politik bedeutet, durch Bildung der sogenannten Großen Koalition oder einer Koalitionsregierung die bei dem gegenwärtigen Führerhältnis der Parteien zur Unfruchtbarkeit verdammt sei, der Sozialdemokratie die Führung der Regierung abzunehmen. In der Begründung heißt es u. a.:

„Es gilt, dem unerträglich neuen deutschen parlamentarischen System, der schrankenlosen Parteimischwirtschaft mit ihrer Volk und Staat ausaugenden Interessenspolitik den Willen der nationalen Front entgegenzusetzen und dieses System auf dem heute noch möglichen verfassungsmäßigen Wege wenigstens in seinen gefährlichsten Auswüchsen zu ändern. Diejenigen nationalen parlamentarischen Parteien, die die Unfähigkeit dieses Systems in ihrer eigentlichen Arbeit ebenso klar erkannt haben wie die nationalen Wähler, die das außen- und innenpolitische Treiben in den Parlamenten mit steigender Erbitterung verfolgen, müssen sich dazu von der bündischen Front aufnehmen lassen. Die innenpolitische Lage ist weiter gekennzeichnet durch die tägliche Gefahr, in der sich das deutsche Vaterland befindet. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes droht entsetzlich die deutsche Scholle. Die Großstädte verdrängen den Gebirgsbewohner der deutschen Scholle. Die innenpolitische Lage ist gekennzeichnet durch die unter dem Schutze des neuen deutschen Systems lebende internationale völkische Propaganda. Mit der Kriegsdienstverweigerungsaktion wird der Opfergedanke zielbewußt abgetötet, und die Vorbereitung der Feinde betrieben.“

Als selbstverständliche Folge kann dies neue deutsche Staatsystem nur eine Außenpolitik treiben, die in Fortsetzung der Unterwerfung unter Verfall jeder nationalen Würde und damit jedes nationalen Erfolges vor ist, weil sie aus innenpolitischen Gründen die Lage von einer vorhandenen Macht des internationalen Völkertums aufrecht erhalten muß. Die bisherigen Versuche der Rechtsparteien, die Entwicklung zu dem heutigen innen- und außenpolitischen Zustand durch Mitbestimmung am heutigen parlamentarischen System auszuhalten, sind gescheitert. Viel nationales Gut ist bei diesen, noch so ehrlich gemeinten Versuchen verloren worden. Den tatsächlichen Macht-habern und Nutznießern des neuen deutschen Systems wurde dadurch die Verhinderung der wahren außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Lage des deutschen Volkes nur noch erleichtert. Wir fordern daher diese Männer und die Parteien, die sie vertreten, auf, ihre ganze parlamentarische Arbeit in dem rücksichtslosen Kampf gegen das System der schrankenlosen Parteimischwirtschaft einzusetzen.“

### Auch in Oesterreich beginnt die innenpolitische Auseinandersetzung

Mit dem Zusammentritt des österreichischen Nationalrates beginnt in Oesterreich der Kampf der sozialdemokratischen Opposition gegen Dr. Seipel in verschärfter Form. Zwei Themen werden die Diskussion des Nationalrates bestimmen: Die Mietenerhöhung und die Abgabenteilung. Nur in Oesterreich ist die Miete noch nicht parafiziert. Die Bemühungen, diese Entrechtung des Privateigentums zu befechten, wurden bisher von der sozialdemokratischen Partei vertreten. Sie führen den Kampf unter dem Schlagwort „Mieterschutz“, obwohl auch die neue Regierungssorgens dem Hausbesitzer kein Kündigungrecht einräumt, und nur eine statische Erhöhung der Mieten festlegt. Da niemand einen höheren Zins zahlt, hat die Parole Mieterschutz den Sozialdemokraten bei den Wahlen im Jahre 1927 viele Wähler aus den bürgerlichen Kreisen zuzugewonnen. Die wollen sie natürlich nicht verlieren und man erwartete, daß der sozialdemokratische Parteitag beschließen werde, die Mietenerhöhung zu obstruieren, das Parlament zur Unfähigkeit zu verdammen, Neuwahlen zu erwirken. Man erlebte aber in den ersten Sesseltagen, als die sozialdemokratischen Parteiführer zusammentraten, eine Ueberraschung. Dr. Otto Bauer erklärte nämlich die Beizität seiner Partei, über die Mietenerhöhung zu verhandeln und stellte dabei Grundzüge auf, die die teilweise Parafizierung der Mieten nur zum verschwindenden Teil dem Hausbesitzer zufallen lassen, den Hauptertrag nicht zur Bedienung der privaten Bautätigkeit durch Aufwertung des Realwertes, sondern einem sogenannten Ausgleichsfonds zuführen soll. Die Wohnbautätigkeit der Kommune Wien, bestritten aus dem Ertrage der Wohnbausteuer der Wiener Mieter, unzweifelhaft ein bedeutendes Stück der Sozialfürsorgepolitik, soll also nicht behindert, sondern gefördert werden. In gleichem Maße schwierig wird sich die Bedienung des neuen Abgabenteilungsgesetzes vollziehen. Die Bundesländer und die Gemeinden, die durch übertriebene Ausgabepolitik ihr Budget in Unordnung gebracht haben, verlangen Hilfe vom Bund, der die Aufbringung der Summen zu einem großen Teil mit einer Abschneidung der Abgaben an die Kommune Wien beden will. Alle diese Gegensätze, diese Unstimmigkeiten, erfahren eine Verschärfung durch eine besorgliche Auswirkung des 16. Juli, des Wiener Krawalls, in den Bundesländern. Die Heimwehrbewegung hat seit Juli vorigen Jahres in den Ländern mächtig zugenommen. Die Sozialdemokraten hatten damals, um ihren Rückzug zu decken, den Streik der Eisenbahner inszeniert. Die Heimwehren wurden als politische Gegenorganisation gegen den republikanischen Schutzbund ausgebaut. Die Heimwehren haben eine Heimwehrleitung für den 7. Oktober in die Industriestadt Wiener-Neustadt einberufen. Die Sozialdemokraten aber betrachten Wiener-Neustadt neben Wien als Hochburg ihres Parteiliches und beschließen, für denselben Tag als Gegen demonstration eine Arbeitertagung in Wiener-Neustadt zu veranstalten. Wohl haben die Heimwehren seit der Zahl der Teilnehmer am Zug nach Wiener-Neustadt auf 18 000 Mann eingeschränkt. Die Besorgnis ist gerechtfertigt, daß, falls beide Tagungen am 7. Oktober stattfinden, Zusammenstöße sich ereignen können. Ein Regierungsverbot beider Tagungen wird als nicht unbedingt angezehen, da es die Gegensätze noch verschärfen könnte, und die gegenwärtig geführten Verhandlungen, die Tagungen derart zu leeren, daß die feindlichen Schären nicht in persönliche Berührung geraten, gestalten sich naturgemäß schwierig. Alle Wirtschaftskreise Oesterreichs hegen besorglichsterweise den lebhaften Wunsch, der 7. Oktober werde aller Konfliktsmöglichkeiten in Wiener-Neustadt entzweit werden.

### Im Herbst und Winter

Ist es ein Bedürfnis, sich eine gute Zeitung zu halten. Verfümen Sie daher nicht, die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ zu bestellen, sie unterrichtet Sie rasch und in über-sichtlicher Weise über alle Ver-gänge auf allen Gebieten

### Graf Bernstorff über die Abrüstung

Genf, 25. Sept. In der Völkerverbundversammlung entriß Graf Bernstorff das Wort zu einer Rede, in der er zunächst daran erinnerte, daß bereits der Reichskanzler die Bundesversammlung ersucht habe, sich endgültig über die Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz schlüssig zu werden und Vor-lage dafür zu treffen, daß die technischen Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission nunmehr unverzüglich zum Abschluß gebracht würden. Er habe hinzugefügt, daß es die Aufgabe der ersten Entwaffnungskonferenz sein müßte, als erste Etappe eine läßbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungs-zustandes, und zwar aller Faktoren der Rüstung zu Lande, zur See und zur Luft herbeizuführen und ferner die volle Publizität aller Rüstungselemente zu gewährleisten. Während der Beratungen der dritten Kommission hat die deutsche Delegation dieses Ersuchen zum Gegenstand eines förmlichen Antrages gemacht und den Entwurf einer Resolution, deren Tenor darin lautete, die Bundesversammlung möge den Völkerverbund bitten, die erste Entwaffnungskonferenz im Laufe des Jahres 1929 einuberufen und dem Präsidenten der vorbereitenden Abrüstungskommission die Einberufung dieser Kommission zum Zwecke der rechtzeitigen Aufstellung eines Konferenzprogrammes anheimzugeben. Es ist nicht nötig, fuhr Graf Bernstorff fort, Ihnen zu sagen, wie sehr die deutsche Delegation es bedauert, mit ihren Anträgen nicht durchgedrungen zu sein! Die Argumente, die man uns entgegengehalten hat, bewegen sich in doppelter Richtung. Man hat einerseits Einwendungen gegen die Schlussfolgerungen erhoben, die Deutschland aus der Tatsache seiner eigenen Entwaffnung ziehen zu können glaubt, indem man sowohl an der Art der Erfüllung der deutschen Entwaffnungsoverpflichtungen Kritik übte, als auch die Bedeutung und den Grund dieser Abrüstung abzuschwächen suchte. Daneben hat man die Möglichkeiten, die heute für eine wirksame Inangriff-nahme der allgemeinen Abrüstung gegeben sind, mit über-rauschender Stenfs und Zurückhaltung beurteilt. Man hat tech-nische und politische Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt, die der schnellen Erreichung der ersten Etappe der allgemeinen Abrüstung entgegenstünden und hat den von Deutschland ge-wünschten Entschluß zu bestimmten konkreten Maßnahmen für unratam oder sogar für gefährlich erklärt. Trotz unseres aufrichtigen Wunsches, den Standpunkt der anderen Delegationen zu verstehen, haben wir uns doch nicht von der Stichhaltigkeit dieser Einwendungen überzeugen können und müssen an jenen Standpunkt, wie er von dieser Stelle aus dargelegt wurde, auf-recht erhalten.

Weider sehe ich mich genötigt, auf die hier aufgeworfene Frage der Durchführung der deutschen Entwaffnung nochmals zurück-zukommen. Es ist nicht anständig, das schleppende Tempo der Genet Verhandlungen irgendwie mit dem Hinweis auf die Zeit-dauer in Verbindung bringen zu wollen, die die Durchführung der deutschen Entwaffnungsoverpflichtungen in Anspruch genom-men hat. Wie steht es denn damit? Am 1. Januar 1921 war die Stärke der deutschen Reichswehr auf 100 000 Mann herab-gesetzt. Schon im Sommer 1920 war die vorgeschriebene Redu-zierung der deutschen Flotte vollzogen. Bis Ende 1922 war die vertragmäßig vorgesehene Zerstörung und Ablieferung von Waffen und Munition zu 96 Prozent erfolgt. Damit war die Abrüstung in allen ihre Kardinalpunkten durchgeführt. Es blieben nur gewisse Rechtspunkte nicht erledigt, bei denen es sich um Auslegungssachen handelte.

Es ist ebenso wenig richtig, daß die Rüstung Deutschlands auch heute noch einen militärischen Nachfaktor darstelle, der bei der Beurteilung der internationalen Lage irgendwie ins Gewicht falle. Der Sachverhalt ist aller Welt bekannt. Deutschland be-sitzt keine schwere Artillerie, keine Tanks, keine militärische Luft-kräfte. Es fehlt ihm jede Reserve an Material und Munition. Der Bestand an ausgebildeten Mannschaften wird von Jahr zu Jahr geringer. Seine Rüstungsindustrie ist vernichtet. Es würde vieler Monate bedürfen, um neue Mannschaften militärisch aus-zubilden und noch viel länger, um eine selbst hochentwickelte Friedensindustrie auf die Bedürfnisse des Krieges umzustellen. Bei Deutschlands geographischer Lage und der militärischen Stärke seiner Nachbarn wäre ein Krieg längst zu seinen Un-gunsten entschieden, ehe es seine Volkstrait und seine industrielle Kraft wirksam werden lassen könnte. Es kann von Deutschland nicht anders als mit Bitterkeit empfunden werden, wenn man die lokal durchgeführten Entwaffnungsoverpflichtungen in ihren außerordentlichen Tragweite erkennt, oder sogar soweit geht, Deutschland seine Wehroerfassung vorzuwerfen, die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegt ist und daß man friedliche Wiederanbauarbeit als Argument gegen uns benutzt. Ebenso wenig kann ich mich den aus der augenblicklichen politischen Si-tuation entnommenen Argumenten anschließen, mit denen man die deutschen Vorschläge zurückgewiesen hat. Selbst die vor-liegende Resolution muß in ihrem ersten Absatz die unzulässige Tatsache feststellen, daß die gegenwärtig gegebene Sicherheit der Staaten schon jetzt den Abschluß einer ersten Entwaffnungskonferenz nahe liegt. Wo liegen die Gründe dafür, daß die Bundesversammlung aus dieser Feststellung nicht die einzia gegebene Schlussfolgerung zieht?

Will man denn immer noch den Sicherheits- dem Abrüstungs-gedanken entgegenstehen? Wir können nur immer wieder auf





den elementaren Gedanken hinweisen, daß zur Verstärkung der Sicherheit nichts mehr beitragen kann, als der Beginn der allgemeinen Abrüstung selbst. Wir können auch nicht zurecht, daß die vorbereitende Abrüstungskommission lediglich dazu da sei, einen Tages die zwischen den Staaten bereits direkt erzielte Übereinstimmung zu realisieren. Es ist ihr Zweck, diese Übereinstimmung herbeizuführen.

Es kommt ganz allein darauf an, daß man mit dem positiven Willen zu wirksamen Maßnahmen an das große Problem herangeht, und gerade wir hatten gewünscht, diesen positiven Willen mit Kraft und Zuversicht in der Resolution der neunten Bundesversammlung ausgedrückt zu sehen. Man sollte nur einmal die zahlreichen Resolutionen der Bundesversammlung aus den letzten Jahren hintereinander abdrucken, und man würde ein seltsames Bild vor sich haben. Man würde vor allem feststellen, daß die heutige Resolution nicht nur keinen Fortschritt bedeutet, sondern daß in ihr viel eher ein Erlahmen des Willens zu ernstlichen Schritten erkennbar ist. Von der Enderufung einer ersten Entwaffnungskonferenz ist in der Resolution überhaupt nicht mehr die Rede. Statt dessen könnte man glauben, daß die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage in erster Linie diplomatischen Verhandlungen überlassen bleiben soll. Warum geht man nicht selbst daran, fest umrissene Grundzüge für die Abrüstungsarbeit aufzustellen? Man redet oft von der Gefahr, die dem Ansehen des Völkerbundes drohen könnte, wenn eine so schnell einderufenen Entwaffnungskonferenz zu keinem positiven Ergebnis führen sollte. Für weit früher halten wir die Gefahr, daß in der Welt der Gedanke entstehen könnte, als ob der Völkerbund vor seiner dringlichsten Aufgabe, die so eng mit der Erhaltung des Friedens verknüpft ist, untätig die Hände in den Schoß legt.

Das sind die Gründe, die es der deutschen Delegation unmöglich machen, für die neuen Versögerungen, die sich aus der Resolution ergeben können, die Mitverantwortung zu übernehmen.

Die deutsche Delegation wird nicht gegen die Resolution in ihrer jetzigen Form stimmen. Was die Resolution Positives enthält — nach unserer Ansicht allzuwenig — darf nicht noch weiter abgeschwächt werden. Die deutsche Delegation wird sich deshalb der Stimme enthalten. Sie möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß die vorbereitende Abrüstungskommission, die zu Beginn des Jahres 1929 zusammenzutreten soll, zur schleunigen Einderufung zur Entwaffnungskonferenz führen wird, die das Ziel unserer Bemühungen bleibt.

**Die Abrüstungsdebatte in Genf.**

Genf, 25. Sept. Die Völkerbundversammlung, die voraussichtlich heute abend geschlossen werden wird, begann mit der Behandlung der Abrüstungsfrage. Der tschechoslowakische Außenminister Beneš verlas seinen Bericht und die Resolution zur Abrüstungsfrage und erklärte dann noch: Der tschechoslowakische Außenminister für die Vereinbarung der Abrüstungskonferenz scheint sich zu nähern. Der ungarische Vertreter bekräftigte dann die Stimmenthaltung Ungarns. Die Resolution enthält kein Verprechen auf die Einderufung einer ersten Abrüstungskonferenz. Darauf erwidert Graf Bernstorff das Wort. Seine Ausführungen lauten auf einer großen Anzahl von Bänken freundlichen Beifall. Nach Graf Bernstorff sprach der englische Delegierte Lord Curzon.

Lord Curzon (England) führte im wesentlichen aus, daß die britische Delegation nicht der Meinung sei, daß es von irgendeinem praktischen Wert sein könnte, wenn der vorbereitende Abrüstungsausschuß ohne eine vorhergehende entscheidende Einigung über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten einberufen würde. Die englische Delegation werde alles tun, um auch weiterhin lokal mitzuwirken.

Als nächster Redner bezog sich Paul Boncour (Frankreich) zunächst auf die Erklärungen der deutschen und der ungarischen Delegation. Paul Boncour legte dar, daß die allgemeine Abrüstung, die als solche heute noch verfehlt sei, nur schrittweise verwirklicht werden könnte, und zwar im Verhältnis zu der wachsenden Verbesserung der Sicherheitsbedingungen, die seit dem Inkrafttreten der Vornormen bereits teilweise erhöht worden sei. Niemand konnte man jedoch daran denken, daß der Völkerbund ohne ein allgemeines Sicherheitsystem über ganz Europa zur Verwirklichung der Abrüstung schreiten könne. Das Ergebnis der ersten Abrüstungskonferenz sieht Paul Boncour vor allem darin, daß eine erste Etappe erreicht werden kann, durch die jedem Vertragsstaat ein höherer Grad an Sicherheit geboten wird. Eine vorzeitige Einderufung der Abrüstungskonferenz ohne vorhergehende Überwindung der Schwierigkeiten würde nur dazu führen, daß das Scheitern der Konferenz in noch höherer Weise zu einem raschen Anwachsen der Rüstungen und zu einem neuen Rüstungswettlauf führen würde.

**Abschluß der Aussprache über die Abrüstungsfrage**

Dienstag nachmittag wurde die allgemeine Aussprache über die Abrüstungsfrage mit einer Rede des belgischen Staatsministers Carton de Wiart abgeschlossen, der die bekannte Sicherheitsphase entwickelte, für die Verwirklichung der ersten Etappe der Abrüstung Berücksichtigung der Wechselwirkungen des gegenseitigen Rüstungsstandes der einzelnen Länder verlangte und die Forderung nach Kontrolle des Rüstungsstandes wie auch der Rüstungsindustrie sehr nachdrücklich unterstützte. Präsident Zährle erklärte hierauf, Bericht und Entschließung, wie sie vom Bericht-erstatteten Bericht in Auftrag des Abrüstungsausschusses vorgelegt worden waren, bei Stimmenthaltung Deutschlands und Ungarns als angenommen.

**Neues vom Tage**

**Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen**  
Warschau, 25. Sept. Der Führer der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Minister a. D. Hermes, ist hier wieder eingetroffen. Er hatte im Laufe des Tages eine Besprechung mit dem polnischen Delegationsführer Twardowski.

**v. Hünefeld in Indien gelandet**

Bombay, 25. Sept. Wie aus Karachi gemeldet wird, ist Herr v. Hünefeld mit der „Europa“, von Buschir kommend, dort gelandet. Er hat die Strecke während der Nacht zurückgelegt.

**Scheitern der Bildung einer Regierung in Thüringen**

Weimar, 25. Sept. Der Unterhändler für die Regierungsbildung, Professor Dr. Krüger, hat heute dem Präsidium des Landtages seinen Auftrag zurückgegeben, da er seine Versuche, eine Regierung zu bilden, als gescheitert ansieht.

**Das Volksbegehren zur Verfassungsänderung und die Deutschnationalen**

Berlin, 25. Sept. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Die Kundgebung des Stahlhelms vom 23. September, in welcher er die Rechtsparteien auffordert, gemeinsam mit ihm ein Volksbegehren auf Verfassungsänderung vorzubereiten, kann von der Deutschnationalen Volkspartei nur mit Freuden begrüßt werden. Die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf, der einem Volksbegehren zugrunde zu legen ist, sind von der Deutschnationalen Volkspartei bereits seit längerer Zeit in Angriff genommen. Sie ist zu der gemeinsamen Arbeit mit dem Stahlhelm selbstverständlich bereit.

**Das Großflugzeug „Deutschland“ verbrannt**

Berlin, 25. Sept. Bei Arnsberg bei Dortmund verbrannte das Kursflugzeug der Strecke Paris—Berlin, „Deutschland“, eine Schwestermaschine des Großflugzeuges „Hermann Röh“. Die „Deutschland“ befand sich mit acht Passagieren und vier Mann Besatzung auf dem Fluge von Paris nach Berlin und hatte eine Zwischenlandung in Köln vorgenommen. Gleich nach dem Wiederaufstieg in Köln bemerkte der Flugzeugführer Volte, daß der Motor nicht regelmäßig arbeitete. Er entschloß sich daher, in der Nähe von Dortmund in der Gemarkung von Arnsberg auf einem Abhänge niederzugesetzen. Bei dem Aussteigen der Maschine auf den Erdboden wurden die Insassen durcheinander gerüttelt und zum Teil auch zu Boden geworfen. Gleichzeitig bemerkte der Flugzeugführer, daß aus der Motorhaube Rauch aufstieg. Er forderte daher die Passagiere auf, eiligst auszusteigen. Als sämtliche Passagiere und die Bordbesatzung das Flugzeug verlassen hatten, schlugen, vermutlich aus dem Vergessen, plötzlich Flammen heraus, die bald das ganze Flugzeug ergriffen. Noch bevor Hilfe zur Stelle war, ging die „Deutschland“ in Flammen auf.

**13 Scheunen mit der gesamten Ernte eingäschert**

Karlsruhe, 25. Sept. Der vor etwa Jahresfrist durch Einäschung eines ganzen Dorfviertels schwer geschädigte Ort Vieboldshelm bei Karlsruhe wurde in der vergangenen Nacht wieder durch ein schweres Großfeuer heimgelacht. Insgesamt wurden 13 Scheunen mit der gesamten Ernte vernichtet; auch ein Stück Großvieh verbrannte. Der heutige Brandplatz liegt gerade gegenüber dem vorjährigen Brandherd. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen. Die Brandursache ist noch unbekannt.

**Absturz eines Klemm-Daimlerflugzeuges**

Basel, 25. Sept. In der Nähe des Baseler Flugplatzes Birsfelden ist heute ein Klemm-Daimler-Sportflugzeug, D 1355, das nach Genf fliegen wollte, abgestürzt. Das Flugzeug war mit einem 20 PS-Motor ausgestattet, seine Insassen waren ein aus Stuttgart kommendes junges Ehepaar. Das Flugzeug wurde von der Frau gesteuert und kam nur schwer vom Boden ab, da es wahrscheinlich überlastet war. Die beiden Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

**Die australischen Bergarbeiter gegen den Regierungsvorschlag.**

Sidney, 25. Sept. Die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften haben den Vorschlag der Regierung zum Wiederaufbau der Kohlenindustrie abgelehnt, da seine Verwirklichung den Bergarbeitern Opfer aufbürden würde. Die Versammlung nahm dann eine Entschließung an, die sich gegen jede Lohnherabsetzung und jede Vermehrung der Arbeitsstunden ausspricht.

**Aus Stadt und Land.**

Altensteig, den 26. September 1928.

**Briefkasten-Veränderung.** Der Briefkasten, der seither am Kaufhaus angebracht war und durch die Verlegung der Post in die Nähe desselben überflüssig geworden ist, wird nun am Gasthof „Grünen Baum“ hier angebracht werden.  
**Zum Postneubau in Altensteig** wird uns noch mitgeteilt, daß ein Teil der Inneneinrichtung der Betriebsräume durch die Firma Fr. Kohler, Möbelschreinerei hier erfolgte. Außerdem hatte die Firma J. K. L. Schreinerei hier, Lieferungen.

**Calw, 24. Sept.** Nach dem Rechnungsabluß der technischen Werke hat das städtische Gaswerk im Rechnungsjahr 1927 rund 414 000 Kubikmeter Gas abgegeben und mit Einschluß der Gasmessemiete dafür den Betrag von 90 787 Mark erzielt. Auf die Stadt Calw entfallen hier von 78 504 Mark, auf die Gemeinde Hirzau 12 283 Mark. Die Gasabnahme ist wie in den letzten Jahren auch heuer um etwa 10 Prozent gestiegen. Außerordentlicherweise ist es möglich, für den neuen Haushaltsvoranschlag weitere 10 000 Mark aus Mitteln der technischen Werke zur Verfügung zu stellen. — Die Stelle des verstorbenen Sanitätsrates Dr. Zahn soll nicht mehr besetzt werden, da die Ärzte erklären, es sei kein weiterer Arzt nötig. — Seit der Aufhebung der Nagoldflößerei hat sich das Flößbett sehr verunreinigt. Die Wasserkräuter nehmen stark zu und verursachen einen unangenehmen Geruch. Zur Reinigung des Flößbettes müssen wieder 600 Mark angewendet werden.

**Schönegründ, 23. Sept.** (Brandfall.) In der Nacht zum Samstag brach in dem Nebengebäude der Jakob Bernhardt Stoll Witwe hier, vermutlich durch Selbstentzündung von Stroh, Feuer aus, dem der große Schuppen mit angebauter Waschküche zum Opfer fiel.

**Neuenbürg, 24. Sept.** Für die oberen Waldgemeinden soll eine Sammelmolkerei errichtet werden. Die an dieser interessierten Landwirte und Händler beschäftigten dieser Tage die Bezirksmolkerei in Crailsheim, deren Bau und Einrichtung rund 220 000 Mark kostete. Man will die Crailsheimer Molkerei als Muster nehmen.

**Vom oberen Enzai, 25. Sept.** Gegen die Mitte dieses Monats hat die Tanne ihr Honigen eingestellt, und die Wanderimker haben abgebaut und ihre Bienenvölker heimgeschafft. In der Engelsbrander Haltestelle hat ein Nachzügler auf der Wiege noch einige stehen. Somit verschwinden aus dem Fremdenverkehr auch die gesunden, heiter blühenden und schwere Blechheimer und Blechtrommeln tragenden Gestalten, welche dem Reiseverkehr auf der Enz- und Nagoldbahn vom Juli bis zu des Sommers Ende eine besondere Note gaben. Aus Württemberg und Baden, vom Neckar- und Rheintal her kamen sie von Zeit zu Zeit zu ihren Bienenvölkern auf Besuch, schauten nach ihrem Befinden und Wohlergehen, nahmen ihnen von dem reichlich eingetragenen Honig und fuhren dann vergnügt wieder heimwärts. Mehr oder weniger ist hier oben wohl jeder Wanderimker gut auf seine Kosten gekommen. Das Wandern hat so seine eigene Romantik. Wer nicht bloß des Gelderwerbs halber Bienen hält, sondern trotz vieler Tschüssläge aus Liebhaberei und angeborenem Zinkerfinn, der fährt aus der Ebene in den Schwarzwald wie zu einer Erholungsreise und nimmt auch willig die Anstrengungen des Transportes der schweren Kästen und Eimer auf sich.

**Stuttgart, 25. Sept.** (Große Anfrage wegen des Panzerkreuzers.) Die komm. Fraktion des Württ. Landtags hat an das Württ. Staatsministerium eine Große Anfrage gerichtet, worin gefragt wird, welche Stellung der Württ. Vertreter im Reichsrat bei der Bewilligung des Panzerkreuzers eingenommen und was die Regierung tun will, um die weitere Verschleuderung von Steuergeldern für Rüstungszwecke zu verhindern.

**Winnenden, 25. Sept.** (Tödlicher Unfall.) Der am Sonntag abend von Stuttgart her hier eingetroffene Vorzug hielt vor der Station außen am Einfahrtsignal an. Verschiedene hiesige Personen, in der Meinung, man wäre beim Bahnhof angekommen, stiegen aus. In der Dunkelheit stürzte hierbei die Tochter des Uhrmachers Klein, die von einem Besuch im Krankenhaus in Waiblingen zurückkehrte, bei der Biegung am Hufeisen ab und erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

**Hall, 25. Sept.** (Tödlicher Unfall.) Am Samstag war der bei dem Mühle- und Sägewerksbesitzer Thumm in Hopfach bei Hall bedienstete Knecht Ludwig Häfele mit Langholzführer beschäftigt. Er glitt beim Abführen des Holzes auf einem Wurzelstumpfen aus. Häfele kam dabei zu Fall und geriet unter den Wagen. Der Verletzte wurde ins Diakonissenhaus verbracht, verschied aber infolge der erlittenen Verletzungen.

**Ellwangen, 25. Sept.** (Jahrhundertfeier.) Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Ellwangen beging am Samstag eine Hundertjahrfeier. Zunächst fand die Restaurierung der Preistiere statt. Dann bewegte sich ein Festzug vom Bahnhof aus durch die Hauptstraßen der Stadt. Auf dem Festplatz ergriff der Vorstand des Vereins, Landesökonomierat Rüb, das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Sodann überbrachte Stadtschultheiß Ettenperger namens der Stadt Ellwangen die herzlichen Grüße zum 100jährigen Jubiläum des Landes, Vereins. Als letzter Redner sprach Generalsekretär Hummel.

**Crailsheim, 25. Sept.** (Jahrlässiger Brand-Richter.) Am Freitag, den 14. September brannte ein auf Markung Bach Gemeinde Triensbach lagernder Heuhaufen im Versicherungswert von 1150 Mk. nieder. Brandstiftung wurde vermutet. Durch die Nachforschungen der hiesigen Landjägersstation ist es gelungen, den Täter in der Person des Hermann Proß von Alenmünster zu ermitteln. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt, das auf jahrelängige Brandstiftung hinausgeht.

**Gammertingen, 25. Sept.** (Tödlicher Motorradunfall.) Sonntag abend kam in der Nähe des abgebrannten Sägewerks ein Motorrad beim Ausweichen auf das Bankett ins Rutschen, begrub den Fahrer unter sich und schleuderte den Mitfahrer an einen Baum. Die beiden Fahrer erlitten zum Teil sehr schwere Verletzungen. Der eine von Burladungen wurde mit dem Auto nach Hause gebracht. Der andere wurde ins Landeskrankenhaus übergeführt. Während der Überführung ist er aber gestorben. Es handelt sich um den 27jährigen Fabrikarbeiter Georg Maier aus Gauseltingen.

**Handel und Verkehr**

**Stuttgarter Schlachthofmarkt vom 25. September**  
Zugetrieben waren 35 Ochsen, 52 Bullen, 350 Jungbullen, 354 Jungriinder, 183 Kühe, 1224 Kälber, 1696 Schweine, 2 Schafe und 1 Fiege; unvertauft blieben 30 Jungbullen und 39 Jungriinder. Es folgten pro 50 Kgr. Lebendgewicht:  
Ochsen: a) ausgem. 53—58, b) vollfl. 45—50;  
Bullen: a) ausgem. 45—48, b) vollfl. 41—44;  
Jungriinder: a) ausgem. 53—57, b) vollfl. 46—51, c) fl. 42—45;  
Kühe: a) ausgem. 40—47, b) vollfl. 31—37, c) fl. 29—28, d) ger. 15—19;  
Kälber: b) feinste Maß- und beste Saugkälber 75—78; c) mittlere 66—73, d) ger. 56—63;  
Schweine: a) über 300 Pfund 80—82, b) von 240—300 Pfund 80—82, c) von 200—240 Pfund 70—81, d) von 100—200 Pfund 76—78, e) von 120—160 und f) unter 120 Pfund 72—75; g) Sauen 53—66.  
Verlauf des Marktes: Großvieh und Schweine mäßig belebt, Kälber langsam.  
**Stuttgarter Großmärkte vom 25. Sept.** Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 400 Zentner, Preis 5—6 M für 1 Ztr. — Silberkrautmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 100 Zentner, Preis 8 M für 1 Zentner. — Rostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 500 Zentner, Preis 8,70—9 M für 1 Ztr.  
**Calw, 24. Sept.** Bei dem am letzten Samstag karrisierten Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln 6—7 M, gelbe Rüben 12—15, Weißtraut 12, Blaukraut 20, Wirsing 25, Landtraut 10—12, rote Rüben 15, Zwiebeln 15, Tomaten 20—25, Bohnen 25—50, Spinat 35 M je das Pfund, Gurken 15—50, Endivien 10—20, Kopfsalat 14—15, Sellerie 15—25 M je das Stück, Brombeeren 30, Birnen 15—30 M je nach Sorte, Kefel 15—20, Pflaumen 20, Zwetschen 15—25, Trauben 45, Beerenmark 65 M je das Pfund, Süßbutier 2,30, Landbutier 1,90—2 M, frische Eier 15—16 M.





# Amtsversammlung in Nagold

### Nachklang zur Einweihung des Bezirkskrankenhaus und der Nagold- und Waldach-Korrektion

Den Einweihungsfeierlichkeiten des Bezirkskrankenhaus und der Nagold- und Waldach-Korrektion ging unter dem Vorsitz von Landrat Baitinger eine außerordentliche Amtsversammlung im Rathaus in Nagold voraus, die nur eine kleine Tagesordnung hatte und deshalb von kurzer Dauer war. Nach kurzer Begrüßung seitens des Vorsitzenden, in welcher er auf den Freudentag des Bezirks anlässlich der Weihe des Bezirkskrankenhaus und die Befestigung der vollendeten Nagold- und Waldach-Korrektion hinwies, wurden die neuen Amtsversammlungsmitglieder, Schultheiß Rehle-Unterschwandorf und Gemeindepfleger Schötle-Edhausen auf ihren Dienstfeld hingewiesen und Buchdruckereibesitzer L. Lauf-Altensteig als Vertreter eines abwesenden Altensteiger Mitgliedes vereidigt. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

**Änderung der Messungsgebührenordnung.** Die Messungsgebühren werden zum Vergleich an die neue Gebührensatzung erhöht und zwar rückwirkend vom 1. Oktober 1927 bis 31. Juli 1928 von 2,55 Mark auf 2,80 Mark. Ab 1. August d. J. erfolgt die Anpassung an den staatlichen Tarif auf 3,05 Mark. **Aufbau des Jugendamtes durch Feststellung der Satzung und Wahl der Mitglieder.** Wie bereits bekannt, wird in Nagold für den Bezirk ein Jugendamt eingerichtet. Die Satzungen hierzu wurden auf Grund und unter Vorlage der allgemeinen hierfür in Frage kommenden Satzungen ausgearbeitet und verlesen. Als Mitglieder müssen sechs Beamte und vier hinzugewählte Personen bestimmt werden. Es werden ernannt: als Vertreter des Bezirkes der jeweilige Oberamtsvorstand, als Geschäftsführer Oberamtspfleger Källinger-Nagold, als Vertreter der Schulen Schulrat Knödel-Nagold, für die Geschäftsführung des Jugendamtes und Stadtpfarrer Dr. Nagel-Nagold. Die hinzugewählten Mitglieder sind Stadtschultheiß Bernhard-Haiterbach und Sparsassenbuchhalter Armbruster-Altensteig und als deren Stellvertreter Kaufmann Raier-Nagold und Oberlehrer Kessler-Wildberg. Als Vertreter der Jugendorganisationen werden gewählt: Inspektor Bauer-Källingerbach und Schwester Caroline-Nagold und als deren Stellvertreter Pfarrer Göh-Edhausen u. Frau Landrat Baitinger-Nagold.

**Wahlen.** Es folgen die Wahlen der a) Vertreter zum Landesverband der Württ. Amtskörperschaften, b) der Abgeordneten zur Verbandversammlung des W. Sparsassenverbandes, c) der Mitglieder der Anleihekommission der Oberamtsparfasse, d) der Mitglieder des Fürsorgeausschusses. **Verkehr** legt sich zusammen aus Stadtschultheiß Raier-Nagold, Stadtschultheiß Pfennigmaier-Altensteig, als Stellvertreter Stadtschultheiß Bernhard-Haiterbach, Schultheiß Wiedmann-Güllingen.

**Befolgungsjahrgang der Amtskörperschaft.** Entsprechend der neuen Befolgungsordnung des Staats haben die Amtskörperschaftsbeamten eine entsprechende Eingruppierung zu erfahren. So werden eingereiht in Gruppe 4a Dr. Ulmer, 6 Rechnungsrat Rieger, Sparsassenbuchhalter Ott, Oberamtsbaumeister Schleichner und Oberamtsbaumeister Kibele, Oberamtsgeometer Klein und Maurer, Verwaltungsaktuelle Schwarzmaier, Kutscher und Kallmayer. Für die Herren Källinger (Oberamtspfleger), Kallmayer, Schleichner, Klein, Maurer und Schwarzmaier wurde persönliche Vorladung nach Gruppe 5 stattgegeben; bei Kallmayer wurde die Zeit seines Verweiltens im Krieg berücksichtigt. 8 b die Bezirksassistentin Schwester Dering, Gegenrechner Pulmer, 16 Hausdierhalter Zipperer und in 18 sämtliche Straßenwärtler.

**Sonderbelohnung der beiden Oberamtsbaumeister.** Für besondere Arbeitsleistung beim Bezirkskrankenhaus werden dem Oberamtsbaumeister Schleichner 2000 Mark und Oberamtsbaumeister Kibele für die Stellvertretung und teilweise Erledigung der laufenden Geschäfte des Oberamtsbaumeister Schleichner 1000 Mark verwilligt.

Die seitherigen Punkte der Tagesordnung widelten sich ohne jede Debatte ab. Beim nächsten und bedeutendsten Punkt der Tagesordnung sollte dies nicht der Fall sein:

**Hilfsmassnahmen für die Stadtgemeinde Wildberg,** die infolge des Schlossverkaufs an Dr. Reinhold-Stuttgart, der bekanntlich ein Sanatorium in großer Ausdehnung daraus machte, der Stadtgemeinde Wildberg durch seine Wirtschaft eine große Entlastung und Verschuldung bereite und dabei von dem inzwischen zurückgetretenen Stadtschultheiß d'Argent geteilt und in unverantwortlicher Weise unterstützt wurde. Landrat Baitinger gab ein trübes Bild der Wildberger Verhältnisse und bezeichnete diesen Punkt der Tagesordnung als die bitterste Wille, die die Amtsversammlung zu beschäftigen habe. Er schilderte, wie die Stadt sich mehr und mehr engagiert und wie es zu den schwierigsten Verhältnissen führte. Nach der großen Verschuldung glaubten Dr. Reinhold und Stadtschultheiß d'Argent durch den günstigen Verkauf des Schlosses Hohenbuchau und den dabei zu machenden Profit die Situation retten zu können. Schließlich stand aber Wildberg im letzten Winter vor einer unheilbaren Lage und veranlasste die Stadt zu einem Kaufvertrag an den Staat. Es folgte die Abdankung von Stadtschultheiß d'Argent, Einsetzung eines Amtsverwesers durch den Staat, der Trennungskrieg zwischen Dr. Reinhold und der Stadt, die vorübergehende Verwaltung von Dr. Reinhold und von Stadtschultheiß d'Argent, gegen welche letzteren heute noch die Unternehmung in Gang ist. Hohenbuchau mußte mit einem Verlust von 100.000 Mark wieder verkauft werden und Schloss Wildberg ging in den Besitz der Stadt zurück, hat aber heute eine Schuldenlast von 640.000 Mark. Dielem steht ein Vermögen von 111 Heller Wald im Wert von 600.000 Mark und das Sanatorium, das zu 300.000 Mark angenommen wird, gegenüber. Auf den Hilferuf der Stadt bewilligte die Regierung ein Darlehen von 200.000 Mark zu 4 1/2 Prozent unter der Bedingung, daß die Amtskörperschaft die Hälfte dieses Betrages, also 100.000 Mark, am gleichen Zinssatz als Darlehen bewilligt. Der Amtskörperschaft wurde der Betrag eines außerordentlichen Holznießens in den Waldungen Wildbergs mit 3000 Fehm., der vom staatlichen Hofmeister vorgenommen wird und mit der Amtskörperschaft zu verrechnen ist, bewilligt. Der Staat fordert dieses Darlehen von der Amtskörperschaft abzulösen, andernfalls dieses auf dem Geheißwege, also zwangsweise, der Amtskörperschaft aufzulegen werde. Wie Landrat Baitinger ausführte, waren andere Bedingungen in Stuttgart nicht herauszuholen. In dieser Angelegenheit stimmte der Bezirksrat der Gewährung des Darlehens an Wildberg zu und die Amtsversammlung hatte nach erlängerter lebhafter Debatte keine andere Wahl, als dasselbe zu tun. Der Staat hat bereits den ganzen Betrag bezahlt und auch die Amtskörperschaft sollen sofort 50.000 Mark durch die Oberamtsparfasse ausbezahlt werden. Aus dem außerordentlichen Holznieß laßt man mehr als die Hälfte des Gesamtertrages der Amtskörperschaft zu bedenken. Schloß und Wald sollen für diese Darlehen verpfändet. In der Aussprache stellte Schultheiß Wagner die Frage der Erbschaftspflicht bezüglich des Gemeinderats Wildberg und ist der Ansicht, daß die Mitglieder derselben nach Nagode ihres Vermögens zur Dedung der Schulden beitragen. Er glaube, daß in Wildberg Hofmannschaft ge-

berichtet habe. Fabrikant Rau schilderte die Verhältnisse, wie sie in der Zeit des Schuldenmachens waren und betonte das eigenmächtige Vorgehen des gewesenen Stadtvorstands, der schließlich am Ende alles auf seine Kappe nahm und den Gemeinderat vor eine vollendete Tatsache stellte. Fabrikant Rau wies auch darauf hin, daß früher die Erstellung eines Krankenhaus für Wildberg, Haiterbach und Altensteig vorgezogen gewesen sei und da Altensteig bei dem Beschluß des Ausbaus des Bezirkskrankenhaus in Nagold einen angemessenen Beitrag in Aussicht gestellt worden sei, wobei wohl 100.000 Mark in Betracht kämen, sei ein Anlehen für Wildberg an Stelle eines solchen Beitrags wohl gerechtfertigt. Auch Stadtschultheiß Schmelzle schilderte die Lage und wie der zurückgetretene Stadtvorstand heute, j. B. noch nicht die Verwendung eines Betrages von 15.000 Mark nachzuweisen in der Lage sei. Er könne aber nicht zum Erfolg herangezogen werden, weil er nichts habe. Schultheiß Wiedmann-Güllingen glaubt, daß man in Wildberg offenbar heute noch nicht die Schwere ihrer Lage erkenne, sonst hätte nicht ein Mitglied des dortigen Gemeinderats bei der letzten Staatsberatung den Antrag auf Verabreichung der Umlage auf 16 Prozent stellen können. Stadtschultheiß Raier-Nagold glaubt dagegen, daß sich die Wildberger Bürger ihrer Lage wohl bewußt seien. Landrat Baitinger wies darauf hin, daß der Staat von der Gemeinde das Kennerste verlange. Schultheiß Wagner stellte schließlich fest, daß die Gewährung des Darlehens an Wildberg keinen Vorgang für andere Gemeinden schaffen dürfe, was die allgemeine Auffassung der Amtsversammlung war.

Es folgte die Abhör der Rechnungen der Oberamtsparfasse, Oberamtsparfasse, des Jugendamtes und der Bezirksfürsorgebehörde.

**Erhöhung einer Rente.** Der Eigenschaftswitwe Feldweg in Wildberg wurde auf ihr Ansuchen ihre Rente erhöht und zwar von 3 Mark auf 10 Mark monatlich.

Damit war die Tagesordnung erledigt und Landrat Baitinger schloß die Amtsversammlung mit der Einladung zur Einweihung des Krankenhaus und der Nagold- und Waldach-Korrektion, über die wir bereits berichteten.

### Die Nachfeier

Das übliche Essen der Amtsversammlungsmitglieder wurde anlässlich der Einweihung des Bezirkskrankenhaus und der Nagold- und Waldach-Korrektion zu einem Festessen, das nicht nur gut und reichlich war, sondern auch durch eine Reihe von Ansprachen gewürzt wurde und einen feierlichen Verlauf nahm. Zunächst ergriff Landrat Baitinger das Wort und begrüßte namens des Bezirkes und zugleich der Stadtgemeinde Nagold die Gäste und hieß sie willkommen. Er bezeichnete diesen Tag als Festtag für Bezirk und Stadt und hofft und wünscht, daß der hohe Besuch den Eindruck aus Nagold mitnehme, daß Bezirk und Stadt mit den Nachbarbezirken gleichen Schritt halten und ihre Aufgaben zu erfüllen bestrebt seien. Den Gemeinderat und die Stadt Nagold beglückwünschte er dazu, daß die Stadt die Nachwirkungen des Hochwassers überwinden habe. Er beglückwünschte Stadtschultheiß Raier zur glücklichen Vollendung der Korrektion von Nagold und Waldach. Bezirk und Stadt hätten die Aufgaben nicht erfüllt, hätte nicht der Vater Staat geholfen. Er schloß mit einem freudig aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Staatspräsidenten.

Staatspräsident Dr. Holz ergriff alsdann das Wort und führte aus, wenn die Vertreter der Regierung und des Landtags nach Nagold gekommen seien, so sei das geschehen, um sich mitzuteilen und die Einheit von Bezirk und Land fühlen zu lassen. Die Regierung sei entgegengekommen auch mit Geld, weil es die Regierung als ihre Aufgabe ansehe, Gemeinden und Bezirk zu stützen. Er wies auf die kommende Bezirks- und Gemeindeordnung hin und verpflichtete sich eine segensreiche Wirkung derselben. Er sei von dem aufrichtigen Wunsch erfüllt, daß sie geeignet sei, mit Bezirk und Gemeinden die Aufgaben zu lösen, welche die Zeit stelle. Die würdige Regierung sei für eine freiheitliche Gestaltung der Bezirks- und Gemeindeordnung. Sie leite der Gesichtspunkt, wie dienen wir unseren Bezirken und unserem Land am besten. Von diesem Gesichtspunkt betrachte die Regierung auch die Lösung der Aufgaben auf dem Lande. Alles was wir hier schaffen, diene nicht nur dem eigenen Heil, sondern dem ganzen Land. Die Vertreter der Regierung und des Landtags freuen sich, daß es gelungen sei, zwei Werke zu schaffen, die wirklich etwas großes darstellen. Er trank auf das Wohl von Bezirk und Stadt Nagold.

Oberamtsarzt Dr. Hwald sprach als solcher und im Namen der Ärzte des Bezirkes die Glückwünsche aus, warf einen Rückblick auf die Entwicklung der ärztlichen Wissenschaft und wies auf die Mängel des alten Krankenhaus hin. Um so größer sei der Dank, der dem Leiter des alten Krankenhaus Dr. Ulmer gebühre und umso größer sei das Verdienst, daß es ihm trotzdem gelungen sei, dem Bezirkskrankenhaus Nagold einen guten Ruf zu schaffen. Das neue Haus verkörpere die neue Krankenhaushygiene. Er schloß mit dem Wunsch, daß es zur Gesundung und Gefunderhaltung unseres Volkes beitragen möge.

Gemeinderat Julius Raaf dankte dem Staatspräsidenten und den sonstigen Mitgliedern der Regierung für ihr Erscheinen, wodurch der Nagolder Festtag eindrucksvoll gestaltet worden sei. Er dankte der Regierung für die Unterstützung des Wertes und Baurat Großjohann für sein Werk und wies auf das für die kommenden Geschlechter geschaffene hin. Gemeinderat Jlg sprach als Ortskrankenhausvorstand die Glückwünsche aus und betonte, daß der Ausbau des Bezirkskrankenhaus eine Notwendigkeit gewesen sei. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß die guten Beziehungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse zum Krankenhaus bestehen bleiben möchten.

Delan Otto gab seiner Freude Ausdruck, daß das Werk so gut gelungen sei. Er wies darauf hin, daß es die ernstesten Stunden seien, welche die Kranken im Krankenhaus zubringen. Es sei erfreulich, daß der Staat Verständnis für die Bedürfnisse des Landes draußen zeige. Wenn es dem hinteren Bezirk auch schwer werde, ins hiesige Bezirkskrankenhaus zu gehen, so hoffe er, daß dies überwunden werde. Im Hinblick auf die Kranken wies er auf die Worte hin „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen“. Die Kirchengemeinden des Bezirkes nehmen auch an dem von Nagold

geschaffenen Werk der Korrektion herzlichen Anteil und sehen mit Stolz auf die Oberamtsstadt, die etwas zeigen könne von dem Weitblick des Stadtvorstandes und des Gemeinderats. Unter Heiterkeit wies er darauf hin, daß man es zu schätzen wisse, daß der Vertreter der Regierung und des Landtags trotz des Volksfestes hierhergekommen seien und sei dankbar, wenn man in Stuttgart wisse, daß man auch auf dem Lande weiterkomme. Er schloß mit dem Wunsch, daß alle Zeit an der Spitze des Landes ein Mann stehen möge, der auch Verständnis für das Land und seine Bedürfnisse habe.

Dr. v. Norden, der Arzt und Leiter des Sanatoriums Schloß Wildberg hob hervor, daß man heute vieles geschaffen habe, was das größte Interesse erwecke, bringt den Dank der zum Fest eingeladenen zum Ausdruck und schloß mit einem Hoch auf die Stadt Nagold.

Stadtschultheiß Raier brachte noch die vom Landtagsabgeordneten und Oberbürgermeister Scheff-Lüdingen, vom Landtagsabg. Dingler-Calw und vom Landmann Walter Luz eingegangenen Glückwunschkarte zum Ausdruck. So nahm das Festessen einen schönen Verlauf. Ihm folgte ein Zusammensein der verbliebenen Gäste mit Damen im „Tausenjaal“, wo ein Tanzchen den bedeutungsvollen Tag beschloß.

## Legte Nachrichten

### Tödlicher Schlag mit der Tapetenrolle.

Berlin, 25. Sept. Auf einem Berliner Neubau schlug bei einer harmlosen Händelei ein Tapezierer seinem Kollegen im Scherz mit einer Tapetenrolle auf den Kopf. Beide arbeiteten dann weiter und besuchten sogar nach Feierabend noch eine Wirtschaft, um ein Glas Bier zu trinken. Am nächsten Tage erkrankte der Geschlagene schwer und starb noch im Laufe des gleichen Tages. Bei der Obduktion der Leiche wurde festgestellt, daß Tod durch Gehirnbildung herbeigeführt worden war. Wahrscheinlich hat der leichte Schlag deshalb so verhängnisvolle Folgen gehabt, weil der Oetetele sich früher einmal bei einem Sturz mit dem Motorrad eine Kopfverletzung zugezogen hatte.

### Schweres Autounfall

Gütersloh, 25. Sept. Auf der Landstraße bei Gütersloh kam ein mit 25 Personen besetzter Kraftomnibus bei einer scharfen Kurve ins Schleudern und fiel um. 5 Personen wurden schwer verletzt. Das Auto verbrannte vollständig.

### Der Streik der Dockarbeiter in Australien.

Canberra, 25. Sept. Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, nach welcher von heute ab jeder Dockarbeiter einen Arbeitschein besitzen muß, der zurückgezogen werden kann, wenn der betreffende Arbeiter sich weigert, den gesetzlichen Bestimmungen zu gehorchen oder regelmäßige Arbeit ablehnt. Jeder, der ohne Schein als Dockarbeiter angestellt wird, oder der einen Dockarbeiter anstellt, der keinen Schein besitzt, kann mit einer Geldbuße von 100 Pfund Sterling bestraft werden.

### Beisehung der Opfer des Madrider Theaterbrandes.

Madrid, 25. Sept. Von den frühen Vormittagstunden an sammelten sich in der Umgebung des Leichenhauhauses Massen von Arbeitern, die die Arbeiterschaft gestern abends in einer Versammlung beschlossen hatte, sich an dem Leichenzuge der Opfer der Brandkatastrophe des Theaters Novedades zu beteiligen. Um 11 Uhr setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Den Särgen voran schritt die gesamte Bevölkerung. Hinter den Särgen folgten die Familienangehörigen. Der Provinzial- und der Municipalrat waren vollständig vertreten. Ferner nahmen ein Vertreter des Königs, Primo de Rivera, mehrere Minister und Mitglieder des diplomatischen Korps an dem Zuge teil. Mehr als 40.000 Personen standen dichtgedrängt in der Umgebung des Südbahnhofes und ließen den Trauerzug an sich vorüber ziehen. Dieser bewegte sich zum Oisfriedhof, wo die Opfer der Brandkatastrophe auf Kosten der Gemeindevverwaltung beerdigt wurden außer denen, deren Beerdigung die eigenen Familienangehörigen übernahmen. Zum Zeichen der Trauer fallen heute alle Theater- und Kinovorstellungen aus.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul, Druck und Verlag der W. Rieter'schen Buchdruckerei, Altensteig.

### Altensteig-Stadt

Zu der **Zwangsversteigerungssache** des Fritz Lehmann, Schreiners von hier findet die auf Montag, den 15. Oktober 1928, nachmittags 2 Uhr anberaumte Versteigerung **nicht statt.** Den 25. September 1928. Bezirksnotar B. e. d.

Einfaches **Wirtschaftsmädchen** das auch nähen kann, sowie ein **Hausmädchen** für Küche und Zimmer in gutes Hotel gesucht. Schriftl. Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. 203 an die Geschäftsstelle ds. Bls.



Nichelberg.

### Todes-Anzeige.



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater und Großvater

### Adam Walz

Fuhrmann

gestern Mittag nach längerem, schwerem Leiden von uns genommen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Christian Walz.**

Beerdigung Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Nichelberg.

### Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Mutter und Schwester

### Katharine Koller

im Alter von 50 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen

Der Gatte: Michael Koller  
und Kinder

Beerdigung Freitag nachmittag 2 Uhr.

Simmersfeld.

### Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels

### Johannes Kalmbach

in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Rehm für seine trostreichen Worte und dem gemischten Chor unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Glöck für den erhabenden Gesang sowie für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zu seiner Ruhesätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gesucht werden ca. 50 000 handgemachte

### Läferschindeln

von 4-5 cm breit. Zuschriften sind, mit Preisangabe und Muster zu richten an

Mich. Finkbeiner, Zimmermeister, Besenfeld.

Bringe Donnerstag früh im Gaitthaus zur „Traube“ in Altensteig einen großen Transport erstklassiger

### Milch- und Läufer-schweine



zu billigen Preisen zum Verkauf

Banner, Schweinehändler, Holzgerlingen.

Altensteig-Stadt.

### Freiwillige Feuerwehr

Nächsten Sonntag, den 30. September haben sämtliche Kompanien zur

### Übung

auszurücken.  
Antreten präzise 1/8 Uhr.  
Das Kommando.

### Strickstoff

zum Ausbessern gestrickter Anzüge per Pfund 3.50 bei

Haus Schmidt,  
Altensteig.

### Oefen

und

### Herde

kaufen Sie vorteilhaft bei

Paul Frey  
Kupferschmied  
Altensteig

Suche ein

### Mädchen

das schon gedient hat, nicht unter 22 Jahren, das Kochen und etwas nähen kann

Frau Kaufmann Schmidt,  
Altensteig

### Austäufer

für Mehlsäcke gesucht.  
J. Maurer, Derendingen Bdg.



### Das Schmuckkästlein

der deutschen Frau, die Küche, kann nicht reiner sein als die weissgekachelten Räume und nickelblitzenden Maschinen der grossen Blauband-Werke, in denen jetzt auch die neue Marke „Alma“ hergestellt wird. Grosse Mengen bester Milch, feine Speisefette, Salatöle und Eigelb werden hier, ohne Berührung durch Menschenhand, zu fertigverpackter Margarine. Wozu also noch Vorurteile? „Alma, die Margarine für Alle“ ist ein wirklich gesunder, nahrhafter, butterduftender Brotaufstrich.

Das ganze Pfund für nur 85 Pfennig.



Nagold.

### Ein Viehfütterer

welcher melken kann, kann sofort eintreten.

Reinhold Rauser  
Telefon 39.

Altensteig.



Aus einer eingetroffenen Ladung

### Almer Pflüge

empfehle ich den Herren Landwirten:

Wechselflüge „Mentor“ usw.

Wechselbrabanterpflüge

Häufelpflüge mit und ohne Stellhebel

Pflugkörper und Pflugteile

zu günstigen Zahlungsbedingungen.

Paul Beck.



Am Donnerstag, den 27. September, von vormittags 9 Uhr ab findet in Heselbronn in der Nähe des Gasthofes zum Hirsch ein

### Schaufpflügen

unter Verwendung von

### Wechsel-Brabanter-Pflügen

durch die Firma Gebrüder Eberhard in Ulm / D. statt, wozu wir Interessenten höflichst einladen.

Berg & Schmid, Eisenhandlung  
Nagold.

### Billiger Reste-Verkauf.

Ein Posten Reste für Herrenanzüge

3.00 bis 3.30 Meter

Nr. 20.—, 23.—, 25.—, 30.—, 33.—, 36.—, 40.—,  
45.—, 48.—, 50.—, 55.—, 60.—

Paul Rüdtele, am Markt, Calw.

